



Beschluss des Kreisparteitags vom 28.1.2013

Transparenz muss für jeden Bürger kostenlos sein - CDU Köln setzt sich für eine kostenfreie digitale Ausgabe des Amtsblattes ein

Forderung:

Die CDU Köln fordert die Stadt Köln auf, das Amtsblatt in digitaler Form zukünftig kostenlos für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung zu stellen. Sollten der Stadt dadurch zusätzliche Kosten entstehen, wovon zunächst nicht ausgegangen wird, so soll der Kostenbeitrag lediglich so hoch bemessen sein, dass er zur Deckung der Kosten dient.

Die CDU-Ratsfraktion wird aufgefordert das Anliegen zu unterstützen.

Begründung:

Das Amtsblatt der Stadt Köln umfasst Baupläne, Ratsbeschlüsse, Ausschreibungen und viele weitere Bekanntmachungen über wichtige Verwaltungsentscheidungen. Es wird auf Wunsch für 79,50 € pro Jahr wahlweise per Post oder per Mail zugestellt. Eigentlich wäre es ein Leichtes diese Informationen online kostenlos zur Verfügung zu stellen. Der Stadt Köln würden dadurch nahezu keine weiteren Kosten entstehen.

So könnten Bürgerinnen und Bürger ohne weitere Hindernisse Einsicht erhalten, welche Vorhaben die Stadtverwaltung plant oder umsetzt. Mehr Bürgerfreundlichkeit, Transparenz und Teilhabe wäre dadurch ohne Aufwand möglich. Gerade junge Menschen, denen zum überwiegenden Teil zu Unrecht Politikverdrossenheit vorgeworfen wird, könnten so erreicht werden.

Auch für die Kölner Unternehmen wäre ein kostenloses Amtsblatt eine Möglichkeit, schnell und einfach Zugriff auf städtische Ausschreibungen zu haben und so Arbeitsplätze zu sichern. Dies stärkt die kommunale Wirtschaft nachhaltig. Darüber hinaus wäre es ökologisch geboten, Interessierte zu ermutigen das Amtsblatt statt gedruckt digital zu beziehen. So würde nur, wenn es wirklich notwendig ist, auf Papier gedruckt. Letztlich ist es nicht verständlich, warum der Online-Bezug des Amtsblattes trotz der geringen Kosten für die Stadt den gleichen Preis haben soll. In Bonn wird das Amtsblatt zum Beispiel bereits kostenlos online zur Verfügung gestellt.

Es ist nicht einzusehen, warum Kölnerinnen und Kölnern eine einfache Möglichkeit politischer Teilhabe und Information vorenthalten wird. Die technischen Möglichkeiten des Internets sollen in den Dienst der Bürgerinnen und Bürger gestellt werden. Der technische Fortschritt ist eine Möglichkeit für mehr Bürgerfreundlichkeit, Transparenz und demokratische Teilhabe. Dies sollte nicht als eine neue Einnahmequelle für Behörden gesehen werden.